

Erscheint  
wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstag  
und Samstag.

# Vollschlaff

Vierteljährlicher Preis  
in der Expedition zu Pa-  
derborn 10 Sgr.; für Aus-  
wärtige portofrei  
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen  
Bestellungen darauf an.

für  
**Stadt und Land.**

Insertionsgebühren  
für die Zeile 1 Silberg.

**N: 115.**

**Paderborn, 25. September**

**1849.**

## Uebersicht.

Deutschland. Berlin (das Jagdpolizeigesetz; Plan des Kriegsmini-  
sters; Urlaubsgesuch des Grafen Eulenburg; Hannover (der  
Kohlentransport); Altona (Neuer Feldzug); Hamburg (Brez-  
und Glubgesetz); Flensburg (die Zerstörung der Düppeler-Schan-  
zen); Aus Westpreußen (Räuberbanden); Stuttgart (Professor  
Welter); Wien (Conferenzen).  
Schweiz. (Heinzen und Struwe; Verschwörung.)  
Frankreich. Paris (neue Revolutionsausicht; Note der griechischen  
Regierung an die Französische; Pater Ventura verdammt sein e  
Leichenrede).  
Ungarn. Pesth (Gefangene: Kronjuvelen; Kronländer; Komorn).  
Türkei. (Bosnische Revolution.)  
Italien. (Beschäftigung der französischen Truppen; Reise des Papstes;  
Anrede an den Clerus von Neapel.) — Vermischtes.

## Deutschland.

**AZC Berlin, 21. Sept.** Das länger erwartete Jagdpolizei-  
Gesetz ist der Ersten Kammer gestern von der Regierung vorgelegt  
worden. Es enthält 30 Paragraphen. Das Jagdrecht darf danach  
nur auf einem Flächenraum von wenigstens 300 zusammenhängenden  
Morgen ausgeübt werden. Hat ein solcher Flächenraum mehr als  
drei gemeinschaftliche Besitzer, so ist die eigene Ausübung des Jagd-  
rechts nicht sämtlichen Mitbesitzern gestattet, sondern sie müssen  
dieselbe Einem bis höchstens Dreien unter sich gestatten, falls sie  
nicht das Jagdrecht ganz ruhen, oder durch einen angestellten Jäger  
ausüben lassen oder verpachten wollen. Gemeinden oder Korpora-  
tionen dürfen das Jagdrecht nur durch Verpachtung oder einen an-  
gestellten Jäger ausüben, sie können jedoch nach freier Uebereinkunft  
mehrere ganze Gemeindebezirke oder einzelne Theile eines Gemeinde-  
bezirkes mit einem andern Gemeindebezirk zu einem gemeinschaftli-  
chen Jagdbezirk vereinigen; auch steht es ihnen zu, mit Ge-  
nehmigung des Landraths aus dem Bezirk einer Gemeinde mehrere  
selbstständige Jagdbezirke zu bilden. Grundstücke, welche von einem,  
über 3000 Morgen großen Walde, der eine einzige Bestzung bil-  
det, eingeschlossen sind, ohne 300 Morgen zu enthalten, werden dem  
gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Gemeinde entzogen, und den Wald-  
eigenthümern auf ihr Verlangen gegen eine nach dem Jagdvertrage  
zu bemessende Entschädigung pachtweise überlassen. Die Besitzer  
der, einen Jagdbezirk bildenden Grundstücke, werden in allen Jagd-  
angelegenheiten durch den Gemeindevorstand vertreten. Dieser be-  
schließt, ob die Jagd ruhen, oder für Rechnung der theilhaftigen  
Grundbesitzer durch einen Jäger beschossen, oder verpachtet werden  
soll. Im letzteren Fall dürfen Pachtverträge nicht über 12 Jahre  
dauern. Die Jagdpachtgelder, resp. Einnahmen durch einen Jäger  
werden in die Gemeindefasse gezahlt und nach Abzug der Verwal-  
tungskosten durch den Gemeindevorstand unter die Besitzer der be-  
treffenden Grundstücke nach den Verhältnissen des Flächeninhalts  
gezahlt. Die Verpachtung darf niemals an mehr als drei Perso-  
nen gemeinschaftlich erfolgen und nur Inländer dürfen als Jagd-  
pächter zugelassen werden. Jeder, der zur Ausübung der Jagd  
befugt ist, muß sich vom Landrath einen Jagdschein lösen und den-  
selben stets mitführen. Dafür wird ein Thaler pro Jahr entrich-  
tet. Hiervon sind frei die königlichen Forstbedienten und diejenigen,  
welche von den Jagdbefugten als Begleiter mitgenommen werden.  
Diese Gelder werden aufgesammelt und bleibt vorbehalten, durch  
ein späteres Gesetz bestimmen, ob und in welcher Weise dieselben  
zur Entschädigung derjenigen zu verwenden sind, welche durch das  
Gesetz vom 31. October das Jagdrecht verloren haben. Personen,  
von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu besorgen  
ist, wegen Jagdfrevel bestraften, unter Polizeiaufsicht Stehenden u.  
d., darf ein Jagdschein gar nicht erteilt werden. Wer die ihm zu-  
ständige Jagdbefugniß ohne Jagdschein ausübt, verfällt für jede  
Uebertretung in eine Geldstrafe von 10 — 20 Thlr. resp. verhält-

nismäßige Gefängnißstrafe. Wer die Jagd ohne Befugniß auf  
seinem Grundstücke ausübt, wird wegen Jagdkontravention bestraft.  
Alle jagdpolizeilichen zur Zeit des Gesetzes vom 31. October 1848  
gültig gewesenen Vorschriften zum Schutz des Feldbaues, Erhalt-  
tung des Wildstandes u. dergl. treten wieder in Kraft, vorbehaltlich  
einer Revision derselben nach Anhörung der Provin-  
ziallandtage. Ebenso bleiben die Gesetze über Wilddiebstahl u.  
dgl. in Kraft. Die Untersuchung resp. Strafe wegen einer Jagdpolizei-  
übertretung erlischt jedoch in drei Monaten. Schließlich werden in  
Betreff der vielbestrittenen Frage der Wildschäden folgende Be-  
stimmungen getroffen. Jeder kann durch Klappern, Scheuchen,  
Zäune, kleine oder gemeine Haushunde das Wild von seinen Be-  
setzungen abhalten. Auf gemeinschaftlichen Jagdbezirken, wo Wild-  
schäden vorkommen, dürfen die Gemeindevorstände, auch wenn nur  
ein Jagdbesitzer Widerspruch erhebt, die Jagd nicht ruhen lassen.  
Wenn in der Nähe wildreicher Forsten belegene Grundstücke gegen  
erhebliche Wildschäden durch die Jagdberechtigten nicht genügend  
geschützt werden, so können die Besitzer vom Kreislandrath die Ge-  
nehmigung verlangen, so lange erforderlich, das übertretende Wild  
auf jede erlaubte Weise zu fangen oder zu tödten. Das Wild muß  
aber gegen Erlegung des üblichen Schießgeldes dem Jagdberechtigten  
abgeliefert werden, mit Ausnahme der eigentlichen Waldenklave, wo  
es dem Enklavenbesitzer verbleibt. Ein gesetzlicher Anspruch auf  
Ersatz des Wildschadens findet nicht mehr statt. — Wenn die  
bestehenden Jagdpachtkontrakte der Bildung der obigen gemein-  
schaftlichen Jagdbezirke hinderlich sind, so müssen sie, wenn Kün-  
digung zulässig ist, sofort aufgekündigt werden; ist keine Kün-  
digung vorbehalten, so kann die Ausführung der Bestimmungen  
über die gemeinschaftlichen Jagdbezirke erst nach Ablauf solcher  
Kontrakte eintreten. — Alle entgegenstehenden Vorschriften werden  
aufgehoben.

**Berlin, 21. Sept.** Im Kriegsministerium ist jetzt  
ein Plan über die Vereinigung des Militärs der kleinen norddeut-  
schen Staaten, welche zu einer Konvention mit Preußen in Bezug  
auf eine Vereinigung ihrer Truppen mit der preussischen Armee  
geneigt sind, oder eine solche bereits abgeschlossen haben, entworfen  
worden. Die Durchführung der Vereinigung, wie sie in jenem  
Plane projectirt wird, ist jedoch ohne Aenderungen in der gegen-  
wärtigen Organisation der preussischen Armee nicht möglich. Der  
Kriegsminister soll einige der diesfälligen Vorschläge Sr. Majestät  
vorgelegt, für dieselbe jedoch nicht den gewünschten Anklang gefun-  
den haben. Gr. v. Strotha soll indeß auf Annahme seiner Vor-  
schläge ein besonderes Gewicht legen.

— In der Sitzung der ersten preussischen Kammer vom 14.  
wurde folgendes Urlaubsgesuch des Grafen Eulenburg verlesen:

„Er. Excellenz und eine hohe erste Kammer bin ich genöthigt,  
um eine weitere Verlängerung des mir erteilten Urlaubs um vier  
Wochen ganz ergebenst zu bitten. Es können möglicherweise  
in meinen persönlichen Verhältnissen Umstände eintreten,  
welche mich behindern dürften, meine hier  
übernommene Stellung zu Ende zu führen, und wün-  
sche ich dringend, für diesen Fall meinen Verus in der ersten Kam-  
mer nicht zu verlieren. Ich hoffe, es in den nächsten vier Wochen  
übersehen zu können, ob mein definitives Ausscheiden aus der Kam-  
mer nothwendig wird, und bitte daher, mein erneuertes Urlaubs-  
gesuch zu genehmigen. Flensburg, den 9. September 1849. (gez.)  
Graf Eulenburg, königlich preussischer Commissar zur Landesver-  
waltung von Schleswig.“

**Hannover, 21. Sept.** Die Verhandlungen der preussischen  
Regierung mit der hannoverschen Eisenbahnverwaltung über die  
Herabsetzung der Kohlenfrachten sind jetzt zu folgendem Resultat  
gekommen: Die Fracht ist auf die Hälfte herabgesetzt worden. Die  
für den Transport bestimmten Wagen sind je mit 72 Centner Zoll-